



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 29. Januar 2019

Die traditionell sonst schon reduzierte Januar-Session (nur zwei statt wie üblich drei Tage) wurde zusätzlich gekürzt, weshalb sich der Kantonsrat in dieser Session nur einen Tag traf. Wieso bei 42 traktandierten Geschäften (davon 8 Wahlgeschäfte) der zweite Tag abgesagt wurde, war eigentlich für die meisten nicht nachvollziehbar. Füllen hätte man den Tag locker können. Am Schluss blieben 26 Traktanden unerledigt, welche nun (frühestens) in der ordentlichen März-Session thematisiert werden.

Wie üblich startete das Jahr mit der [Ansprache des/der neuen Kantonspräsidenten/-präsidentin](#). Verena Meyer appellierte an einen sachlichen, wertschätzenden Austausch zum Wohle des Kantons, womit sie mir aus dem Herzen sprach. Gerade im Wahljahr (Nationalratswahlen im Herbst) besteht die «Gefahr», dass mehr Partei- statt Sach-Politik gemacht wird.

Diskutiert wurde ein dringlicher Auftrag, welcher einen [Intercity-Halt](#) in Oensingen verlangte. Regierungsrat und die vorberatende Kommission haben plausibel erklären können, dass das «Problem» kantonsweit und somit umfassender betrachtet werden muss; eine Fokussierung nur auf Oensingen würde sich für andere Orte nachteilig auswirken. Schlussendlich war man sich einig und überwies einen abgeänderter Auftrag an den Regierungsrat, welcher verlangt, dass sich der Regierungsrat im ÖV-Bereich für alle Städte und somit für den Gesamtkanton einsetzen soll; wobei anzufügen ist, dass er dies bisher sicherlich auch schon gemacht hat, von daher also keine wirkliche Neuerung.

Die SP forderte eine [Charta der Religionen](#). Die Sozial- und Gesundheitskommission hat sich dagegen ausgesprochen, jedoch einen Alternativ-Auftrag formuliert. Demnach soll der Regierungsrat in Form einer Expertise abklären lassen, welche rechtlichen Formen und Instrumente es für den Umgang mit anderen, öffentlich-rechtlich nicht anerkannten Religionsgemeinschaften gibt. Dieser Auftrag wurde sehr kontrovers diskutiert. Ein Teil (so auch ich) war der Meinung, dass die gesetzlichen Grundlagen bereits genügend vorhanden sind und so der Rahmen an sich gegeben ist. Sie lehnten deshalb eine separate (kostenintensive) Überprüfung ab. Der Vorstoss wurde schlussendlich jedoch mit 48 zu 44 knapp angenommen.

Zugstimmt wurde dem [NRP-Programm](#) (neue Regionalpolitik), welches dazu führen soll, dass in ländlichen Regionen das Entwicklungspotential besser ausgeschöpft werden kann.

Daneben standen diverse Wahlgeschäfte aufgrund von Rücktritten und Parteiwechsel auf dem Programm. Diese werfen aber in der Regel keine grossen Wellen und sind reine Formsache. Eine kleine (persönliche) Anekdote dazu: Durch die Vereidigung von Nicole Wyss (SP), welche nachgerutscht ist, sitzen nun insgesamt fünf Personen mit dem Namen Wyss im Kantonsrat. Als Folge hätten wir Fraktionsgrösse erreicht.

Die nächste Session ist eine Sondersession zur «Steuervorlage 17/STAF» und findet am 7. März 2019 statt. Dann dürfte es einiges emotionaler und angespannter zu und her gehen.

André Wyss

www.evp-so.ch | www.andrewyss.ch

Persönlich

Meine im Herbst 2018 eingereichte Interpellation **«dem Schulstress entgegenwirken – Alternativen zur Volksschule»** wurde inzwischen vom Regierungsrat beantwortet. Für mich wenig überraschend nimmt der Regierungsrat zum Thema sehr zurückhaltend Stellung und sieht keinen Handlungsbedarf. Dass eine nicht unerhebliche Anzahl Kinder Stresssymptome hat, das liegt gemäss Meinung des Regierungsrates in erster Linie an anderen Faktoren – nicht aber an der Schule.

Selbstverständlich haben auch andere Aspekte einen Einfluss und sind zu berücksichtigen. Die Schule aber vollends von jeglicher Schuld für den steigenden Druck frei zu sprechen, wäre dann doch auch etwas gar kurzfristig. Die Interpellation dürfte im März thematisiert werden.

Neu eingereicht habe ich eine kleine Anfrage zum Thema **«Eigenmietwert»**. Gemäss den bisherigen Arbeiten in Bundesbern stehen die Zeichen so «gut» oder «schlecht» – je nach Betrachtungsweise – wie noch nie, dass der Eigenmietwert in naher Zukunft nach verschiedenen Anläufen nun tatsächlich abgeschafft werden könnte. Meine Anfrage zielt auf die Frage hin, welche (finanziellen) Auswirkungen dies auf den Kanton Solothurn hätte.